

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**07.11.2013**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Umwelt und Technik**  
Schriftführung  
Sebastian Höller  
Telefon-Nr.  
**02202-141382**

## **Niederschrift**

**Infrastrukturausschuss**  
**Sitzung am Mittwoch, 06.02.2013**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:40 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzungen des Infrastrukturausschusses am 26.09.2012 und 29.11.2012 - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung aus der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 29.11.2012 - öffentlicher Teil**  
*0633/2012*
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

- 5**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 6**      **Natursteinsanierung Rathaus Bensberg**  
*0013/2013*
  
- 7**      **Neubau einer Notunterkunft am Standort Gierather Straße**  
*0014/2013*
  
- 8**      **Erschließung Asselborner Weg**  
*0018/2013*
  
- 9**      **Anträge der Fraktionen**
  
- 9.1**    **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.10.2012 zur Sanierung der Otto-Hahn-Schulen  
und des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums**  
*0021/2013*
  
- 9.2**    **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.2011 zur Überprüfung von  
Einsparpotenzialen über Einspar-Contracting**  
*0016/2013*
  
- 10**     **Anfragen der Ausschussmitglieder**
  
- 10.1**   **Anfrage der Fraktionen CDU, FDP und FWG vom 22.01.2013 zum  
Abwasserbeseitigungskonzept**  
*0030/2013*

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Infrastrukturausschusses, Herr Rolf-Dieter Schacht, eröffnet die 18. Sitzung des Infrastrukturausschusses in der achten Wahlperiode und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzungen des Infrastrukturausschusses am 26.09.2012 und 29.11.2012 - öffentlicher Teil -**

Der Infrastrukturausschuss genehmigt einstimmig den öffentlichen Teil der Niederschriften der Sitzungen am 26.09.2012 und 29.11.2012.

3. **Bericht über die Durchführung aus der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 29.11.2012 - öffentlicher Teil**  
*0633/2012*

Herr Krasniqi möchte zur Berichterstattung des TOP 16 wissen, warum die Ausschreibung wegen fehlendem Wettbewerb aufgehoben werden musste.

Herr Möltgen erläutert, dass es sich um eine überteuerte Ausschreibung gehandelt habe. In solchen Fällen ist die Ausschreibung aufzuheben und zu überarbeiten.

Der Infrastrukturausschuss nimmt den Durchführungsbericht zur Kenntnis.

4. **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

Es lagen keine Mitteilungen vor.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es lagen keine Mitteilungen vor.

6. **Natursteinsanierung Rathaus Bensberg**  
*0013/2013*

Herr Henkel bittet darum, die Zusammensetzung der Kosten in das Protokoll mit aufzunehmen.

Die Kosten pro m<sup>2</sup> Fassadenfläche betragen brutto ca. 620 €.

Der Infrastrukturausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Infrastrukturausschuss beschließt die weitere Natursteinsanierung am denkmalgeschützten Rathaus Bensberg.**

7. **Neubau einer Notunterkunft am Standort Gierather Straße**  
*0014/2013*

Herr Henkel führt an, dass nach Berechnung der CDU der m<sup>2</sup>-Preis bei ca. 3.800€ liegt. Das erscheint äußerst hoch. Die Verwaltung soll daher mit einer Prüfung beauftragt werden, um festzustellen, wie hoch der m<sup>2</sup>-Preis für Notunterkünfte in anderen Kommunen liegt. Er beantragt daher die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Herr Martmann erläutert, dass der aufgeführte m<sup>2</sup>-Preis nicht zutreffend ist. Tatsächlich liegt der m<sup>2</sup>-Preis bei ca. der Hälfte, was ein äußerst günstiger Preis ist. Der Bestand an Notunterkunftsplätzen wurde in den letzten Jahren von 680 auf 420 Plätze verringert. Nach dem Brand der Notunterkunft Gierather Straße ist dringender Bedarf vorhanden.

Herr Krafft möchte wissen, ob die Gründungskosten ein Kostensteigerungsrisiko darstellen und ob Versicherungsleistungen erstattet wurden.

Herr Martmann erläutert, dass das Kostensteigerungsrisiko bei der Gründung als niedrig anzusehen ist, da der Neubau anstelle des bisherigen Objektes entsteht. Zudem hat die bisherige Zusammenarbeit mit dem planenden Architekten gezeigt, dass dieser auf soliden Kalkulationen arbeitet. Die Versicherung hat nach dem Brand eine Versicherungssumme von ca. 80.000€ gezahlt, welche als haushaltstechnische Einnahme verbucht wurde.

Herr Dr. Winzen möchte wissen, ob im Hinblick auf die Folgekosten eine Kostensenkung zu erwarten ist.

Herr Martmann erklärt, dass das Objekt nach Standard EnEV 2012 gebaut wird und eine Solaranlage für Brauchwasser auf dem Dach installiert wird. Im Bereich der Energiekosten werden daher Einsparungen von ca. 20-30% erwartet.

Herr Henkel zieht den Prüfungsauftrag und Vertagungsantrag zurück.

Herr Henkel möchte wissen, ob die Vermietung an den Fachbereich Jugend und Soziales kostendeckend erfolgt.

Herr Martmann bejaht dies.

Der Infrastrukturausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Infrastrukturausschuss beschließt den Neubau einer Notunterkunft am Standort Gierather Strasse unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Finanzierung.**

8. **Erschließung Asselborner Weg**  
*0018/2013*

Der Infrastrukturausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Infrastrukturausschuss beschließt die Durchführung der Maßnahme „Erschließung Asselborner Weg im Ortsteil Herkenrath“ auf Basis der Kostenschätzung.**

9. **Anträge der Fraktionen**

**9.1. Antrag der SPD-Fraktion vom 29.10.2012 zur Sanierung der Otto-Hahn-Schulen und des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums**  
*0021/2013*

Herr Komenda beantragt für die SPD, die beiden Punkte des Antrages getrennt zu behandeln und über den zweiten Punkt namentlich abzustimmen.

Herr Dr. Steffen führt an, dass dieses Thema bereits in der Ratssitzung ausführlich diskutiert wurde und bittet darum, den Antrag zurück zu ziehen.

Herr Schmickler erläutert, dass die Formulierung zu Punkt 2.) des Antrages direkt vom Kämmerer stammt, welcher damit auf die Nachteile alternativer Finanzierungskonzepte hinweist. Die europaweite Ausschreibung der Ingenieurleistungen ist in Vorbereitung. Mit den Schulen wurden bereits Abstimmungsgespräche zum Sanierungsablauf geführt. Der Beschluss, eine alternative Finanzplanung zu prüfen, würde dazu führen, dass die Ausschreibung gestoppt werden müsste, was die Sanierungen verzögern würde.

Herr Ebert führt an, dass ein grober Zeitplan für die Sanierungen vorliegt. Es sei zu bedenken, dass die Zumutungen für die Lehrer und Schüler möglichst gering gehalten werden sollten. Zurzeit basiert der Zeitablauf der Sanierung auf den Haushaltsrechtlichen Grenzen und nicht auf die Minderung dieser Zumutungen. Wenn eine alternative Finanzierung zu kürzeren Sanierungszeiten mit weniger Zumutungen für Lehrer und Schüler führt, dann sollte diese Möglichkeit genutzt werden.

Herr Henkel führt an, dass bei der Übertragung der Immobilien des NCG und des OHG auf die Bäder GmbH mehrere hunderttausende Euro Grunderwerbssteuer anfallen würden. Dieser unnötige steuerliche Kostenaufwand sei nicht zu vertreten. Außerdem sei eine Übertragung der genannten Immobilien auf die Bäder GmbH auch nicht zweckvoll, weil eine durch die Bäder GmbH finanzierte Sanierung zu einem höheren Zinsaufwand führen und ferner die Miete der Stadt an die Bäder GmbH höher ausfallen würde als bei der aktuellen Eigentümerstruktur. Diese höhere Miete würde wiederum dazu führen, dass das Haushaltssicherungskonzept nicht einzuhalten sei. Dieses kann die CDU Fraktion nicht vertreten und stimmt daher gegen den Antrag.

Herr Martmann erklärt, dass der Rat in dieser Sache einen Beschluss gefasst hat. Dieser Antrag stellt diesen solide finanzierten Ratsbeschluss und auch die bisherigen Abstimmungen mit den Schulen in Frage.

Herr Schmickler erläutert, dass alternative Finanzierungsmöglichkeiten im bisherigen Prozess nicht unberücksichtigt geblieben sind, sich allerdings nicht als praktikabel erwiesen haben.

Herr Schütz erklärt, dass die KIDITATIVE den Antrag der SPD unterstützt. Die Intention des Antrages ziele auf die Umsetzung des beschlossenen Bürgerbegehrens. Durch eine schnellere Sanierung könne zudem bei den Energiekosten Einsparungen erzielt werden.

Herr Schlaghecken begrüßt für die CDU den Verwaltungsvorschlag.

Herr Jentsch erklärt, dass die FDP dem Antrag nicht zustimmen kann.

Herr Aussendorf führt an, dass dem Bürgerbegehren ja bereits entsprochen wurde und sich die Verwaltung bereits in der Umsetzung der Sanierung befindet.

Herr Komenda zieht den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück.

Herr Schacht lässt sodann über die beiden Punkte des Antrages getrennt abstimmen.

Der Infrastrukturausschuss lehnt den Punkt 1.) des Antrages bei fünf Ja-Stimmen aus den Fraktionen SPD und KIDITIATIVE, Rest Nein-Stimmen, mehrheitlich ab.

Der Infrastrukturausschuss lehnt den Punkt 2.) des Antrages bei fünf Ja-Stimmen aus den Fraktionen SPD und KIDITIATIVE, Rest Nein-Stimmen, mehrheitlich ab.

Herr Komenda legt im weiteren Verlauf der Sitzung dem Ausschussvorsitzenden einen von allen SPD-Ausschussmitgliedern unterschriebenen schriftlichen Einspruch nach § 30 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach gegen den oben genannten Beschluss vor. Das Ratsbüro wird sich mit diesem Einspruch befassen. Das Schriftstück ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**9.2. Antrag der Fraktions Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.2011 zur Überprüfung von Einsparpotenzialen über Einspar-Contracting**  
*0016/2013*

Herr Aussendorf begrüßt das Konzept der Verwaltung. Die Verwaltung möge jedoch weiterhin kontinuierlich Einsparmöglichkeiten prüfen.

*Der Infrastrukturausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.*

Herr Komenda und Herr Krasniqi sind während der Abstimmung nicht im Plenum

**10. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Ebert erklärt, dass im Bereich der Kanalbaumaßnahme Ottostraße der Tiefbau offensichtlich abgeschlossen und die Straße provisorisch wieder freigegeben sei. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob die für die Baumaßnahme verlegte Buslinie wieder zurückgelegt werden könne.

Herr Wagner erläutert, dass die Maßnahmen in der Ottostraße noch nicht komplett abgeschlossen sind, sondern witterungsbedingt Restarbeiten noch nachgeschoben werden müssen. Den Bus jeweils um und zurück zu verlegen würde zu Verwirrung und Unmut bei den Fahrgästen führen. Sofern die Witterung und/oder unvorhergesehene Umstände nicht dagegensprechen soll die Freigabe der ursprünglichen Linienführung zum 04.03.2013 erfolgen.

Herr Ebert möchte im Bezug auf das alte Arbeitsamt an der Hauptstraße wissen, wie der aktuelle Sachstand einer möglichen Sanierung des Objektes ist.

Herr Schmickler sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Aussendorf möchte wissen, ob es zutreffend ist, dass in den Verwaltungsgebäuden keine Biomülltonnen vorhanden sind und warum dies der Fall ist.

Herr Schmickler bestätigt, dass es tatsächlich keine Biomüllbehälter gibt. Die genauen Hintergründe hierzu werden schriftlich beantwortet.

Herr Aussendorf möchte bezüglich des geplanten Kletterparks Diepeschrather Wald wissen, ob das Gerücht, dass bereits ein Pachtvertrag geschlossen wurde zutreffend ist.

Herr Schmickler erklärt, dass dieses Gerücht nicht zutreffend ist.

Herr Krafft hat festgestellt, dass nach der Sanierung der L288 Bensberger Straße durch den Landesbetrieb Strassen NRW einige Schachtabdeckungen in der neuen Fahrbahndecke klappern und teilweise nicht höhengleich sind. Er regt an, dort eine Zwischenabnahme durchzuführen und dem Bauträger dies mitteilt.

Herr Kremer erläutert, dass sich die Maßnahme noch mitten in der Bauphase befindet. Im März würde nach der Winterpause dort weitergearbeitet, so dass auch die Schachtabdeckungen noch nicht abschließend fertig gestellt sein können. Eine Endabnahme erfolgt in jedem Fall.

Herrn Schütz ist aufgefallen, dass die Wiesen an der Paffrather Mühle hinter dem Kombibad nach dem Neubau der Wege und der Brücke vor ca. 2 Jahren sehr versumpft sind. Er möchte wissen, ob dies der Verwaltung bekannt sein und ob es sich evtl. um Fehler bzw. Schäden durch den Umbau handelt.

Herr Kremer erklärt, dass dies bekannt sei. Bereits damals hatten die Wiesen einen hohen Feuchtegrad, was in nassen Jahren noch zusätzlich verstärkt wird. Zudem ist der Überlauf des Teiches durchaus gewollt. Der Fachbereich Stadtgrün wird die Situation dennoch noch einmal überprüfen. Eine Berichterstattung wird dann hierzu erfolgen.

**10.1. Anfrage der Fraktionen CDU, FDP und FWG vom 22.01.2013 zum  
Abwasserbeseitigungskonzept  
0030/2013**

Herr Schmickler erklärt, dass nach dem Grundsatzbeschluss des Ausschusses diverse Maßnahmen in der Ausführung verschoben werden müssen. Von einzelnen dieser Maßnahmen hängen jedoch andere Baumaßnahmen ab. Diese Verschiebungen und Ihre Auswirkungen, sowie mögliche Alternativen werden zurzeit noch in das neue Abwasserbeseitigungskonzept eingearbeitet. Die angefragte und als Tischvorlage angekündigte Daher kann heute noch kein Ergebnis präsentiert werden.

Vor diesem Hintergrund wurde die Entscheidung getroffen, am **21.03.2013 eine gemeinsame Sitzung des Infrastrukturausschusses mit dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr** durchzuführen an dem die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes vorgestellt und beraten werden soll. Die Vorlage hierzu soll zeitnah versendet werden. Die Beratung und Beschlussfassung kann dann im April und Mai erfolgen, so dass das Abwasserbeseitigungskonzept der Bezirksregierung fristgerecht zum 30.06.2013 vorgelegt werden kann.

Zudem werden zurzeit die Auswirkungen der Verschiebungen und der Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes auf die Abwassergebühren kalkuliert. Das Ergebnis wird dann ebenfalls präsentiert.

Die angefragten Punkte werden in der Fortschreibung mit enthalten sein und erläutert werden.

Herr Kremer erläutert die Wichtigkeit, dass aufgrund der Frist 30.06.2013 bis zum Infrastrukturausschuss am 24.04.2013 ein beratenes Abwasserbeseitigungskonzept zum Beschluss

vorliegt. Vor diesem Hintergrund bietet er an, dass Herr Wagner und er auch zwischendurch für aufkommende Fragen zur Verfügung stehen. Die Unterlagen zum Termin sollen zeitnah versendet werden.

Der öffentliche Teil der Sitzung endete um 18:40 Uhr.

---

Bürgermeister

---

Schriftführung



